

## MEDIENMITTEILUNG

Thun, 19. Oktober 2016

### **Offizielle Schweiz mit schuldig an anti-israelischer UNESCO-Politik**

**Einmal mehr negiert die UNESCO rhetorisch den historischen Bezug Israels zu den wichtigsten jüdischen Stätten. Die Schweiz macht sich als Mitglied und Beitragszahlerin der UNESCO mit schuldig. Die EDU Schweiz fordert, dass die Schweiz sich auch gegenüber der UNESCO klar zum Staat Israel stellt.**

UNESCO-Dokumente wiederholen mantrahaft den Begriff „Israel, die Besatzungsmacht“, wenn sie von Ost-Jerusalem und anderen israelischen Gebieten sprechen. Mit dieser Rhetorik und mit der konsequenten Wahl von arabisch-islamischen Begriffen für den Jerusalemer Tempelberg stellt sich die UNESCO regelmässig gegen den israelischen Staat.

Mit einem auf den 12. Oktober 2016 datierten Dokument liefert die UNESCO einen unrühmlichen neusten Beleg. Der Jahrtausende alte Bezug des jüdischen Volkes zum Tempelberg wird darin einmal mehr verschwiegen. Ersetzt wird dieser Bezug durch den islamischen Bezug, welcher viel später in der Geschichte eintrat.

Während die UNESCO-Verfassung den Glauben an das „Recht auf uneingeschränktes Streben nach objektiver Wahrheit“ festhält, tritt ebendiese Organisation in Bezug auf Israel und speziell Jerusalem dieses Prinzip mit Füßen.

Dieselbe UNESCO-Verfassung gibt sich zum Ziel, „in der ganzen Welt die Achtung vor Recht und Gerechtigkeit, vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken“. In Tat und Wahrheit benutzen aber Unrechtsstaaten (im Fall des neusten Dokumentes z.B. der Sudan) die UNESCO, um Israel an den Pranger zu stellen und von eigenem Unrecht ebenso wie vom Unrecht palästinensischer Behörden abzulenken.

Die Schweiz finanziert die UNESCO mit einem Pflichtbeitrag von rund 3,4 Millionen Franken/Jahr und nochmals einigen Millionen an freiwilligen Beiträgen. Die Schweiz macht sich so zum anti-israelischen Komplizen von Unrechtsstaaten.

**Die EDU Schweiz ruft den Schweizer Bundesrat und das Parlament auf, bei der UNESCO in aller Form gegen solch anti-israelische Geschichtsverzerrung und Rhetorik einzustehen. Die EDU lehnt auch konsequent ab, dass Schweizer Staatsgelder in irgendeiner Weise die anti-israelische Politik der UNESCO mitfinanzieren.**

#### **Für weitere Auskünfte:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37  
Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96